

Verhandlungen zur Staatsreform: Liberale wollen Belgien zu viert

PFF erstaunt über mangelnde Berücksichtigung der DG-Belange

Die Präsidentin der deutschsprachigen Liberalen (PFF), die Föderalabgeordnete Katrin Jadin, zeigt sich enttäuscht über den bisherigen Mangel an Beachtung der deutschsprachigen Belange im Rahmen der Verhandlungen zur Staatsreform. In einer Stellungnahme wiederholte sie, dass das Parlament der DG (PDG) bereits zwei Mal einstimmig eine Resolution beschlossen habe, die auf eine Übertragung einiger regionaler Kompetenzen, wie dem Urbanismus, der Raumordnung oder der Ausführung provinzieller Kompetenzen abziele. »Wir haben das Gefühl, dass die aktuellen Verhandlungsstrategen unsere Anliegen und die Realitäten unserer Gemeinschaft verkennen«, sagte Jadin. Für die PFF zeige die politische Aktualität, dass ein Belgien zu zweit nicht lebensfähig ist. Infolgedessen fordere sie ein föderales Belgien mit vier Mitgliedstaaten - Flandern, Wallonien, Brüssel und die DG. Sie möchte nicht, dass Deutschsprachigen vergessen werden. »Wir möchten unsere Kompetenzen behalten, sie um regionale Kompetenzen erweitern. Ich weiß, dass die Zukunft Belgiens nicht davon abhängig gemacht werden wird, welche Zukunft uns vorbehalten ist, aber es ist wichtig, darauf hin zu weisen, dass wir bereit und im Stande sind Verantwortung für die Kompetenzen, die morgen den Gliedstaaten Belgiens anvertraut werden, zu übernehmen«. Die DG müsse sich bereits jetzt darauf vorbereiten, wenn sie nicht unweigerlich von diesem Trend mitgerissen werden wolle.